

PRESSEINFORMATION 41/2025

Umfrage: Innovation findet kaum noch ohne Kooperation statt.

BWIK – Volker Hasbargen: Baden-Württemberg verliert bei der Frage, wo Unternehmen zukünftig innovieren. Das muss uns zu denken geben!

Stuttgart, 21. Juli 2025 – Betriebliche Innovation findet zukünftig kaum noch ohne Partner statt. Das zeigt die aktuelle landesweite BWIK-Umfrage zu Investitionen von Unternehmen in Forschung und Entwicklung (FuE). Aktuell vergeben sechs von zehn Betrieben (= 69 Prozent) Anteile ihrer FuE-Budgets extern, etwa an FuE-Dienstleister. „Wir liegen hier dreimal höher als in unserer letzten Umfrage 2018. Und zukünftig planen das sogar acht von zehn Unternehmen (84 Prozent)“, betont Volker Hasbargen, Präsident der IHK Karlsruhe, die im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIK) in Technologiefragen federführend ist und ergänzt: „Auch arbeiten fast 80 Prozent der befragten FuE-aktiven Unternehmen mit Kooperationspartnern zusammen, am häufigsten mit anderen Unternehmen (z. B. Lieferanten und Kunden) oder Hochschulen. Gute Bedingungen für den Technologietransfer sind deshalb wichtiger denn je.“

Überregionaler Fokus bei Kooperationen wichtiger

Die Betriebe orientieren sich bei ihren FuE-Kooperationen stärker überregional. Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der kooperierenden Unternehmen arbeitet deutschlandweit mit FuE-Partnern zusammen – deutlich mehr als bspw. in einer landesweiten IHK-Umfrage vor zehn Jahren (+10 Prozentpunkte). Dagegen hat der Anteil mit regionalem Fokus (7 Prozent) gleichzeitig klar abgenommen (-12 Prozentpunkte). „Die Technologiepolitik des Landes, die in den letzten Jahren die Zusammenarbeit in den Regionen Baden-Württembergs fokussiert hat, sollte deshalb überprüft werden“, schlägt deshalb Dr. Stefan Senitz vor, Technologieexperte in der BWIK-Federführung Technologie bei der IHK Karlsruhe.

Unternehmen mit klaren ‚Technologie-Favoriten‘

Unternehmen haben klare Favoriten, welche Technologiefelder sie als zukünftig wichtig für die eigenen Produkte und Leistungen ansehen. Energie- (*Energiespeicherung, erneuerbare Energien*) und produktionsrelevante Technologien (*Sensorik, Produktionstechnologien, Automatisierungstechnik*), Cyber-Security und Künstliche Intelligenz, sowie Medizintechnik liegen hier vorn. Quantencomputing, Blockchain sowie Augmented- und Virtuell Reality-Technologien sind dagegen für die Mehrzahl der Unternehmen derzeit weniger relevant und haben in

der Breite offenbar bislang nicht skaliert. „Wir erkennen, dass sich die Mehrzahl der für die Unternehmen wichtigen Technologiefelder gut mit den Zukunftsbildern der Technologiebeauftragten der Wirtschaftsministerin deckt. Hier sollte die Landespolitik die FuE-Rahmenbedingungen besonders in den Blick nehmen, da breite Hebelwirkungen möglich sind. Gleichzeitig sind viele Zukunftstechnologien branchen- und ressortübergreifend. Sie werden oftmals von mehreren Ministerien und Landeseinrichtungen gleichzeitig aufgegriffen. Für Außenstehende ist oft schwer erkennbar, wer zuständig ist. Beteiligte Ressorts sollten jeweils ein gemeinsames Vorgehen abstimmen und klar kommunizieren, wer landesseitig erster Ansprechpartner für Unternehmen ist“, fordert Senitz mit Blick auf die Ergebnisse.

Bürokratie und fehlende Fachkräfte hemmen Innovationen

Knapp jedes vierte Unternehmen aus der Umfrage (23 Prozent) verzichtet auf FuE. Bürokratie im Innovationsprozess und fehlendes Fachpersonal werden am häufigsten als Hauptgründe genannt – beides klare Innovationshemmnisse. Ähnlich gilt das für den hohen Aufwand, um eigene Schutzrechte zu sichern. „Die Landespolitik ist gefordert, weiter mit Nachdruck an der Verbesserung der Situation zu arbeiten. Unternehmen brauchen wieder mehr Luft für Innovationen. Aktivitäten der Landespolitik wie die Entlastungsallianz zum Abbau von Bürokratie begrüßen wir“, erklärt Senitz. Mit dem kostenfreien ‚Patentcoaching‘ bietet das Patent- und Markenzentrum Baden-Württemberg (PMZ) zusammen mit den IHKs seit 2019 eine individuelle Unterstützung für Unternehmen zur Entwicklung von Strategien für den Know-how-Schutz an. „Dieses Angebot sollte verstetigt und noch bekannter gemacht werden“, betont Senitz.

Verlagerung von FuE auch für kleinere Unternehmen eine Option

Ein Viertel der FuE-aktiven Unternehmen (24 Prozent) betreibt FuE im Ausland oder plant das. FuE-Verlagerung tritt dabei als Hauptgrund stärker hervor als noch in der letzten Umfrage 2018. Auch scheint FuE-Verlagerung, anders als bislang, für kleine Unternehmen mittlerweile ebenfalls eine Option zu sein. Das Motiv der FuE-Verlagerung sei in der Breite der Unternehmen angekommen, schlussfolgert daraus Volker Hasbargen: „Neben Gründen der Markterschließung weichen Unternehmen mit ihrer Auslands-FuE auch hiesigen strukturellen und organisatorischen Hemmnissen aus. Vor allem bei Bürokratie und Regulierung (z. B. schnellere Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, praktikablere Datenschutzregeln, weniger gesetzliche Vorgaben) oder beim Zugang zu Fördermitteln haben andere Länder gegenüber BW offensichtliche Standortvorteile.“

Baden-Württemberg verliert bei FuE-Arten

Bei der Frage, wo unternehmerische FuE zukünftig stattfindet, verliert das Land über alle FuE-Arten hinweg an Bedeutung. Vor allem Grundlagenforschung, sowie Kooperations- und Auftragsforschung will ein Teil der Unternehmen in der Umfrage zukünftig stärker in den USA (abzuwarten bleibt, wie sich das Verhalten der neuen US-Regierung hier auswirkt) und in anderen Ländern außerhalb Europas durchführen. Dagegen steht China künftig weniger im Fokus. Ähnlich gilt das für die Entwicklung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Geschäftsmodellen, sowie für die Gründung eigener Startups. „Wir sind bei unseren Rahmenbedingungen für Innovationen deutlich unter Druck“, fasst Senitz zusammen.

Baden-Württemberg muss als Innovationsstandort wieder attraktiver werden

Nachdenklich stimmt, dass immerhin mehr als die Hälfte der FuE-aktiven Unternehmen in den nächsten Jahren von einer Steigerung der eigenen FuE-Budgets ausgeht. Gleichzeitig ist die Verlagerung von FuE für einige Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, eine Option, um strukturellen und bürokratischen Innovationshemmnissen auszuweichen. „Es besteht die reale Gefahr, dass zukünftig messbare Anteile der FuE-Investitionen von Unternehmen nicht mehr in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen. Deshalb muss das Land seine Attraktivität als Innovationsstandort für Unternehmen wieder steigern. Hier ist die Politik zusammen mit all ihren Partnern gefordert, einschließlich der IHKs. Unsere Umfrage haben wir deshalb um konkrete Vorschläge und Forderungen ergänzt“, schließt Volker Hasbargen.

Hintergrund

Die Befragung wurde Ende 2024 online durchgeführt. Zielgruppe waren Unternehmen aus den Branchen Industrie und wissensintensive Dienstleistung aus Baden-Württemberg. Insgesamt hatten sich 257 Unternehmen beteiligt. Weitere Infos und Umfrageauswertung:

<https://www.produktentwicklung.ihk.de/produktmarken/aktuelles-zu-innovation/umfrage-2025-6598226>.

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIIHK | FF Technologie
IHK Karlsruhe
Dr. Stefan Senitz
Telefon: 0721 174-438
E-Mail: stefan.senitz@karlsruhe.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.